"Gravierende Fehler"

Kampf um Flüchtlingshäuser: Naturschützer attackieren Bezirksamt

06.02.2025, 12:15 Uhr Von Sebastian Struwe Bezirksreporter



Die Auseinandersetzung um das Bauvorhaben an der Kavalierstraße in Pankow geht weiter. Ein Anwohnerbündnis um Britta Krehl, hier im Januar 2024, stemmt sich gemeinsam mit Umweltverbänden gegen das Vorhaben. Sie werfen der Gesobau fehlenden Artenschutz vor.

© Collage / BM | Thomas Schubert / Gesobau

Berlin. Das Bezirksamt Pankow geht in zähem Ringen um das Bauvorhaben an der Kavalierstraße den nächsten Schritt. Die Reaktion folgt auf dem Fuß.

Das unerbittliche Ringen um den Bau zweier Flüchtlingsunterkünfte in einem Hof zwischen Kavalierstraße und Ossietzkystraße am Schlosspark Schönhausen in Pankow geht in die nächste Runde. Nachdem die Gesobau dem Bezirksamt auf Drängen von Umweltschützern Ende Mai 2024 ein artenschutzfachliches Maßnahmenkonzept zum Schutz von Spatzen und Fledermäusen vorgelegt hatte, gibt das Bezirksamt auf Morgenpost-Anfrage an, nun die Prüfung der Unterlagen abgeschlossen zu haben.

Der daraus resultierende Bescheidentwurf sei mit Frist 4. Februar zur Anhörung an die Gesobau und die Umwelt- und Naturschutzverbände übermittelt worden, heißt es. Außerdem seien die vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen zum Artenschutz (CEF-Maßnahmen) noch vor Ort vom Umwelt- und Naturschutzamt abzunehmen. Nach der erfolgten Zustellung des Bescheids und der Abnahme der Maßnahmen könne mit der "Vegetationsbeseitigung" begonnen werden. Gemeint ist die Rodung von über 60 Bäumen, um an ihrer Stelle Wohnraum für 422 Flüchtlinge zu schaffen, die aus den Zelten in Tegel hierherziehen und eine feste Unterkunft haben sollen.

Kavalierstraße in Pankow: Widerspruch angekündigt

Doch erneut stellen sich die baukritische Bürgerinitiative Grüner Kiez Pankow und mit ihr die Umwelt- und Naturschutzverbände BUND Berlin, BLN und die NaturFreunde Berlin gegen die Pläne. "Die Erteilung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme für das Bauvorhaben der Gesobau an der Ossietzkystraße/Kavalierstraße durch das Bezirksamt Pankow ist unzulässig", heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme. Der vorgelegte Bescheidentwurf erhalte "viele gravierende Fehler", weshalb man Widerspruch einlegen wolle und weitere juristische Maßnahmen prüfen lasse, "sollte die Genehmigung laut aktuellem Stand erteilt werden." Uwe Hiksch von den NaturFreunden sagte der Morgenpost, dass ein entsprechender Eilantrag an das Verwaltungsgericht Berlin aktuell vorbereitet wird.

Die Gegner des Projekts beklagen eine gewährte Anhörungsfrist von zwei Wochen, obwohl gesetzlich vier Wochen vorgesehen seien. Darüber hinaus fehle ein bewertendes Konzept für die geplanten Ausgleichsmaßnahmen im Landschaftsschutzgebiet "Ehemaliger Mauerstreifen, Schönholzer Heide, Bürgerpark". Durch die dafür geplante Rodung vorhandener Sträucher und Bäume könnten dort besonders geschützte Arten beeinträchtigt werden, so ihre Argumentation. "Nach wie vor werden in den von der Gesobau zugrunde gelegten Untersuchungen nicht alle in der Wohnanlage vorkommenden Tierarten berücksichtigt", schreiben sie.

Artenschutz: Bürgerinitiative kritisiert Gesobau scharf

Der Bescheidentwurf zeige zudem, dass nicht alle vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen zum geplanten Baubeginn funktionsfähig sein werden, weshalb laut Gesetz keine Ausnahmeregelung erteilt werden dürfe. Bereits erfolgte Ausgleichspflanzungen seien noch zu jung, um adäquate Ersatzhabitate zu sein. Darüber hinaus "sind erst kürzlich Bestandsgehölze derart radikal beschnitten worden, dass sie auf Jahre nicht mehr als Ersatzhabitat anerkannt werden können", kritisieren Naturschützer und Bürgerinitiative.

"Wir appellieren an die zuständigen Personen in der Verwaltung, ihrer Verantwortung gegenüber dem gesetzlichen Artenschutz gerecht zu werden und die Erteilung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme auszusetzen, bis die erforderlichen Ersatzmaßnahmen gebührend überarbeitet und umgesetzt werden", kommentiert Dirk Schäuble, Naturschutzreferent beim BUND Berlin, das Vorgehen des Bezirksamts. Britta Krehl von der Bürgerinitiative Grüner Kiez Pankow attackiert das Vorgehen des kommunalen Wohnunungsunternehmens: "Der Stockschnitt der Büsche entlang der Ossietzkystraße wirft die Frage auf, wie viel die Gesobau wirklich von Natur- und Artenschutz für ihre Wohnanlage hält", sagt sie.

Vor einem Jahr ist der Streit am Pankower Schloßpark eskaliert

Es ist nun knapp über ein Jahr her, dass der Streit um die zwei bis zu fünfgeschossigen Neubauten in modularer Bauweise zwischen Hausfassaden der Nachkriegssiedlung am Pankower Schloßpark zwischen Projektgegnern, Polizisten und Bauherren eskaliert war. Die Konfrontation führte damals zu Anzeigen gegen Mieter, die die Rodung des Baugrundstücks unbedingt verhindern wollen, und einem gerichtlichen Stopp des Bauvorhabens. Die Planer von Berlins Bausenator Christian Gaebler (SPD) hatten die Nachverdichtung der Höfe da bereits per Sonderbaurecht genehmigt, begründet mit der Dringlichkeit, Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen. Es folgte jedoch eine Umwelt-Klage der Naturschützer wegen fehlender Artenschutzmaßnahmen und das darauf folgende Nachbessern durch die Gesobau.

Sieht das Gericht Spatzen und Fledermäuse nach erfolgtem Widerspruch der Projektgegner weiterhin bedroht, dürften Rodung und der Bau der Unterkünfte nach wie vor auf sich warten lassen.